

## „Nicht Haß und Kriegsdrohung“

Dr. Brüning über die Reparations- und Abrüstungsdebatte.  
Berlin, 4. November.

Während der Anwesenheit des diplomatischen Redakteurs des „Welt Parisien“ in Berlin wurde ihm vom Reichstagspräsidenten Dr. Brüning eine Unterredung gewährt, in der dieser ihm eine ausführliche Erklärung über Wesen und Ziel der deutschen Außenpolitik gab. Er erinnerte einleitend an seine Regierungserklärung, in der er als höchstes Ziel der deutschen Außenpolitik die Erreichung der nationalen Freiheit und der moralischen und materiellen Gleichberechtigung bezeichnet habe. Sie lehne dabei alle Abenteuer ab und sei bestrebt, in organischer Weiterentwicklung auf dem Wege des Friedens vorwärtszukommen. Hinter dieser Politik stehe der weitaus größte Teil des deutschen Volkes. Die Rheinlandräumung sei eine große Etappe auf dem Wege dieser deutschen Beseitigungspolitik.

Der Kanzler kam dann auf verschiedene französische Äußerungen zu den den Wahlen zu sprechen, die einen Rückschritt in der Entwicklung der deutsch-französischen Verständigung feststellen wollen. Dr. Brüning erklärte hierzu u. a.:

„Nicht Haß und Kriegsdrohung sind aus den Wahlen des 14. September hervorgegangen, sondern der Ausdruck eines tiefbedrückten und doch starken Volkes, das um seine nationale Zukunft ringt.“

Die Stimmen, die aus Frankreich hören, bringen fast übereinstimmend eine Enttäuschung zum Ausdruck, daß die Konzeptionen, die Frankreich durch Erleichterung der Reparationen und durch vorzeitige Räumung gemacht zu haben glaube, in Deutschland nicht genügend gewürdigt würden. In Frankreich scheint man nicht zu verstehen, daß die Wiedererwartung der Reparationslasten nicht die erwartete wirtschaftliche und politische Entspannung brachte.

Frankreich als Hauptgläubiger muß einsehen, daß seine deutsche Regierung ihrem Wort eine Millardenschuld, die in ihrer Gesamtheit immer wieder als drückend empfunden wird, durch die an sich begrenzten Ermäßigungen um einige 100 Millionen tragbarer erscheinen lassen kann. Wenn gleichzeitig die schwerste Wirtschaft- und Finanzkrise dazu zwingt, mehrere Milliarden neue Steuern und Lasten aufzuerlegen, ist es selbstverständlich, daß jede deutsche Regierung sich alle verträglichste zur Abwehr von Gefahren für Wirtschaft und Währung zur Verfügung stehenden Maßnahmen offen halten muß, für den Fall, daß sich die Voraussetzungen für die Erfüllung dieser Zahlungen nicht einstellen sollten.

Die Enttäuschung Frankreichs über die angeblich nicht genügende Anerkennung der vorzeitigen Rheinlandräumung ist nicht gerechtfertigt. Die immer wieder hinausgeschobene Entscheidung hat die Wirkung und den Eindruck dieser lang erwarteten Maßnahme, die zudem nicht ohne neue Härten und Belastungen vor sich ging, sehr abgeschwächt. Man sollte sich auch darüber klar sein, daß es dem Wohl und der Würde eines großen Volkes widerspricht, das Aufheben einer schweren Unbill, als welche die Besetzung friedlicher Gebiete nach 12 Jahre nach dem Kriege angesehen wird, zum Anlaß einer besonderen Dankesbezeugung zu nehmen.

Die endgültige Aufgabe dieser militärischen Sicherheitsmaßnahme hat indes keineswegs die Diskussion über die Sicherheitsfrage ein für allemal als Sicherheitsproblem gleichsam als Ausdruck eines anhaltenden Misstrauens in den Vordergrund gestellt.

Frankreich dürfte hierbei vielleicht verkennen, daß man angesichts eines entwaffneten Volkes, dessen Grenzen nach allen Richtungen offen sind und das von waffenstarken Nachbarn umgeben ist, nicht immer von neuem die Forderung nach Sicherheit dem rechtmäßigen Verlangen nach Abrüstung entgegenstellen kann, ohne die Unantastbarkeit schließlich eingegangener Verträge anzuzweifeln, deren Urheber zu sein gerade Frankreich sich zu rühmen weiß. Nach unserer Auffassung haben alle Staaten gleiches Recht auf Sicherheit, und wir verstehen nicht, warum hier mit zweierlei Maß gemessen werden soll. Eine Politik des fähigen Abwärtens ist hier nicht am Platze.

In Frankreich herrscht vielfach die Meinung, daß es falsch sei, Deutschland immer neues Entgegenkommen zu zeigen, da es stets nach Erreichung eines Zieles sich nicht zufrieden geben, sondern mit immer neuen Forderungen hervortrete. In der Tat steht die deutsche Außenpolitik ebenso wie die auch anderer Staaten noch vor vielen unerreichten Zielen. Deutschland ist noch weit entfernt von der vollen Souveränität seiner Großmachstellung. Viele Fragen, deren Lösung vertraglich vorgesehen ist, sind heute noch nicht bereinigt, so, zum Teil noch nicht einmal ernstlich in Angriff genommen. Solange dieser unnatürliche Zustand andauert, der vor mehr als einem Jahrzehnt in Ausnutzung der durch diesen Krieg geschaffenen Machtverhältnisse festgelegt wurde, wird Deutschland mit allen ihm zu Gebote stehenden friedlichen Mitteln auf eine Veränderung hinarbeiten und nach wie vor mit seinen berechtigten Ansprüchen hervortreten, deren Ausgleich, weil entfernt von der Herbeiführung, zur Förderung des Friedens dienlich wird.

## Das Reich spart!

Neuherbe Sparpolitik in allen Ministerien

Berlin, 4. November.

Die Einzelhaushalte der verschiedenen Ministerien für das kommende Jahr zeigen das deutsche Bestreben, unter allen Umständen an den Ausgaben des Reiches zu sparen. Das trifft besonders in den zahlreichen Ausgabenposten in die Erscheinung, die im vorigen Etat enthalten waren, aber jetzt einfach gestrichelt worden sind. Wo diese radikale Methode nicht anwendbar erschien, sind sehr häufig starke Kürzungen erfolgt.

Im einzelnen ergibt sich dabei folgende Bilanz: Der Haushalt der Reichsregierung hat eine Ausgabebelastung um fast eine Million erfahren, und zwar von 2,53 auf 1,55 Millionen; das ist eine Senkung von rund 40 Prozent. In diesem Haushalt fällt übrigens auch zum ersten Male der Posten für die Vertretung der Reichsregierung in München fort, die damit aufgeführt worden ist. Beim U.S.W. d. r. tigen U.S.W. sind 4 1/2 Millionen eingespart worden; der Etat beläuft sich diesmal auf 55,9 Millionen gegen 60,3 Mil-

lionen Mark im Vorjahre. Die Aufwendungen für das Personal der Auslandsvertretungen sind mit 17,9 Millionen eingeleitet gegenüber 18,9 Millionen im Vorjahre. Bei der Kürzung der Mittel zur Förderung des deutschen Schulwesens im Auslande um eine Viertelmillion zeigt sich auch in diesem Etat, wie die kulturellen Ausgaben unter dem Zwang der Sparpolitik besonders schwer getroffen werden. Noch schmerzlicher tritt diese Tatsache im Etat des Reichsschatzministeriums hervor, bei dem die fortwährenden Ausgaben um 3,7 Millionen und die einmahligen um 1,1 Millionen vermindert worden sind.

## Die Arbeitgeber zur 40-Stunden-Woche

Berlin, 4. November.

Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände e. V. hielt eine Sitzung ab, in der die Frage der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Arbeitszeitverkürzung eingehend behandelt wurde. Man kam zu dem Schluß, daß die schematische und generelle Verkürzung der Arbeitszeit, wie sie vielfach gefordert wurde, kein geeignetes Mittel zur Verringerung der Arbeitslosigkeit sei, daß sie vielmehr im Gegenteil durch die mit ihr verbundene Steigerung der Produktionskosten und die in ihr enthaltene Einengung der Bewegungsfreiheit der Betriebe die Arbeitslosigkeit vergrößern müsse.

Soweit die Selbstkostengestaltung der Wirtschaft durch den Lohn beeinflusst werde, sei eine Herabsetzung der Selbstkosten vornehmlich durch Senkung der Löhne oder durch Verlängerung der Arbeitszeit mit gleichbleibendem Schicht- oder Wochenlohn möglich. Durch Verkürzung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich werde zwar das Lohnniveau des einzelnen Arbeiters je nach dem Maß der Verkürzung gesenkt, die Gesamtlohnsumme des Betriebes bleibe aber zum mindesten gleich, wenn sie sich nicht sogar auch in diesem Falle erhöhe. Vielfach sei in der Öffentlichkeit die Meinung vertreten worden, daß durch generelle Arbeitszeitverkürzung zahlenmäßig eine so erhebliche Anzahl von Arbeitslosen in den Produktionsprozess eingestellt werden könnte, daß dadurch die Erwerbslosenzahl nennenswert verringert und dadurch zugleich die Belastung der Wirtschaft durch Beiträge zur Arbeitslosenversicherung in erheblichem Umfang herabgesetzt werden könnten. Daß diese Auffassung unrichtig sei, ergab sich aus folgenden Zahlen: Die derzeitige Gesamtzahl der Arbeitslosen betrage rund drei Millionen. Hierfür sei ein nicht aufzubringender Gesamtlohn von vier Milliarden Mark erforderlich.

## Kritik am Regierungsprogramm

Durch den preussischen Landgemeindevorstand West.

Berlin, 4. November.

Der geschäftsführende Vorstand des preussischen Landgemeindevorstandes West stimmt dem Wirtschafts- und Finanzprogramm in seinen Grundzügen zu. Es werden aber mit Nachdruck Maßnahmen des Reiches zur Behebung der Finanznot gefordert. Die durch die Notverordnung des Reichspräsidenten den Gemeinden erschlossenen neuen Einnahmequellen böten keinen Ausgleich für die insbesondere durch die erhöhten Wohlfahrtsausgaben dauernd wachsende steigende Belastung. In den Landgemeinden kämfe man sich mit der Bekämpfung der Steuererträge ab. Auch die Einnahmen aus der Bürgersteuer deckten nur einen Bruchteil der erhöhten Ausgaben, zumal erhebliche Einnahmeausfälle bei den direkten Gemeindesteuern das bei fast sämtlichen Landgemeinden in diesem Jahre entstehende große Defizit noch erhöhten.

Hebetermine in manchen Gemeinden hätten nicht den zehnten Teil der Steuereinnahmen der gleichen Termine im Vorjahre gebracht.

Die Finanznot des Reiches, der Länder und Gemeinden seien durch die gleichen Ursachen hervorgerufen. Aufgabe des Reiches sei es deshalb, durch entsprechende Finanzmaßnahmen die drohenden finanziellen Zusammenbrüche einzelner Gemeinden zu verhindern.

Den vorgesehenen Steuererhöhungen könne nur zugestimmt werden, wenn die Gemeinden Ausgleichsbeträge aus Einnahmen des Reiches erhalten. Das Zuschlagsrecht zur Einkommensteuer sei für die leistungsunfähigen Landgemeinden nahezu bedeutungslos. Der Finanzausgleich müsse deshalb für die Landgemeinden mit geringem Einkommensteuerlohn ausreichende Sonderüberweisungen vorsehen. Eine gleichmäßige Senkung der Realsteuern müsse bei den großen Unterschieden in den von den einzelnen Gemeinden festgesetzten Zuschlägen zu Härten und Ungerechtigkeiten führen. Für die Gemeinden sei die Senkung nur tragbar bei Schaffung eines vollen Ausgleichs durch Überweisungen aus Reichssteuern. Eine Kürzung der Ueberweisungen an Reichssteueranteile infolge Herabsetzung der Besoldungen dürfe die einzelnen Gemeinden nur entsprechend den durch die Herabsetzung der Besoldungen eintretenden Ersparnissen durchzuführen werden.

## Tariffenkung bei der Reichspost

Berlin, 4. November.

Im Arbeitsausschuß des Verwaltungsrates der Deutschen Reichspost erklärte der Reichspostminister, daß er sich der maßgebenden wirtschaftlichen und politischen Bedeutung der Preislenkungsfrage voll bewußt sei, und daß die Deutsche Reichspost bereit sei, im Zuge und im Rahmen einer allgemeinen Preislenkung seitens der Industrie und des Handels eine entsprechende Gebührenermäßigung eintreten zu lassen. Des weiteren stellte der Reichspostminister fest, daß entgegen den in der Presse mehrfach gemachten Mitteilungen eine Steuer auf den Rundfunk oder eine Herabsetzung der Rundfunkgebühren nicht beabsichtigt sei.

## Start des „Do. X“ erst Dienstag

Mittelnheim, 4. November.

Die Sonntag früh vorausgesehene Sturmweckerlage mit Windstärke bis zu 100 Kilometern über Holland und im Kanal machen einen Start des „Do. X“ vor Dienstag früh unmöglich. Auch in einer offiziellen Mitteilung der Werftleitung wird bekanntgegeben, daß der Start des Flugschiffes „Do. X“ daher bis Dienstagsvormittag verschoben werden

## Folgen schwerer Dampferzusammenstoß

Fischdampfer gesunken — Sechs Mann ertrunken

Wesermünde, 4. November.

Der Fischdampfer „Cangeoog“ aus Wesermünde wurde zwischen dem Weser- und Elbeufer durch den Woermann-Dampfer „Wahehe“ erbeutet. Der Fischdampfer sank sehr schnell. Sechs Mann der Besatzung, die sich im rückwärtigen Teil des Dampfers befanden, ertranken.

Die Reederei erhielt folgendes Telegramm: Der Dampfer „Wahehe“ der Boermann-Linie hat ausgehend nach Südafrika auf 53 Grad 59 Minuten Nord und 7 Grad 28 Minuten West den Dampfer „Cangeoog“ am Sonntag früh 5 Uhr überannt. Gerettet sind sechs Personen, die in Rotterdam gelandet sind.

Wie weiter berichtet wird, befinden sich unter den Ertrunkenen der Kapitän, der erste und der zweite Maschinist, der zweite Steuermann, der Koch und ein Matrose. Der untergegangene Fischdampfer war im Jahre 1919 erbaut worden und gehörte der Reederei Otto Becker-Wesermünde.

## Die Oberüberschwemmung

Breslau, 4. November.

Wie die Wasserbauämter Dyhernfurth und Malisch telefonisch meldeten, ist die Lage auf der linken Oderstromseite bei Neumarkt bedrohlich. Bei der Ortschaft Seedorf sei der Oderdamm unbeschädigt geworden und die Bauern aus Seedorf und den umliegenden Ortschaften sind schon Tag und Nacht an der gefährdeten Stelle geflohen. Im Dorf Leubus sind zahlreiche Anwesen vom Wasser völlig abgetrennt.

In der Ohleniederung sind die vier Dörfer Althofen, Trebsen, Neuhaus und Ostrow bei Breslau durch kilometerweite Wasserflächen, die stellenweise eine Tiefe bis zu fünf Metern aufwiesen, vom Breslauer Vorstadtbereich abgeschnitten.

Etwa ein Dutzend Röhre verjagen die Bewohner mit Lebensmitteln, Post und sonstigem Tagesbedarf.

## Schwere Autounfälle

Sechs Tote, zweifelhafte Verletzte

Rostock, 4. November.

Auf der Chaussee von Rostock nach Laage ereignete sich ein Unglück, dem zwei junge Menschen zum Opfer fielen. Ein von Anklam kommendes Auto überfuhr in der Nähe des Ortes Reslin zwei Personen, anscheinend ein Liebespaar, das auf der Chaussee promenierte und das Auto nicht bemerkte. Die beiden jungen Menschen waren auf der Stelle tot. Der Autoführer versuchte, unerkannt zu entkommen, wurde aber von der Gendarmerie in Laage gestellt. Es handelt sich um einen Malchiner Herrn; das Auto wurde beschlagnahmt.

Paris, 4. November.

Bei St. Galmier (Loire) stürzte gestern ein Auto von einer fünf Meter hohen Höhe von zehn Metern her hinunter. Vier Personen wurden getötet, neunzehn verletzt.

Berlin, 4. November.

Ein Personenkraftwagen fuhr gestern in Wannsee an der Ecke König- und Karlstraße gegen einen Baum, so daß der Wagen sehr schwer beschädigt und die drei Insassen zum Teil erheblich verletzt wurden. Bei den Verletzten handelt es sich um den 50 Jahre alten Kaufmann Gustav G a m b e r g e i aus P e i z i g, der einen komplizierten Armbruch erlitt, der 30-jährigen Kaufmann Arthur F l a u m, ebenfalls aus Leipzig, der eine Nasenverletzung und eine 24 Jahre alte Ehefrau Edith, die eine Stirnwunde davontrug. Alle drei Verunglückten wurden in das Potsdamer Krankenhaus gebracht.

## Merke! Neuigkeiten

Ende der Magdeburger Schwarzbrenner-Prozesse

Vor der Großen Strafkammer Magdeburg ging nach zehntägiger Verhandlung der letzte der großen Magdeburger Schwarzbrenner-Prozesse zu Ende, die die Gerichte seit vier Jahren in wochenlangen Verhandlungen beschäftigt haben. Die Strafkammer hatte jetzt nur noch über die Berufung des Ingenieurs Jakob B e c k e r zu entscheiden nachdem vier andere Angeklagte ihre Berufung zurückgenommen hatten. Dem Prozeß lagen die Zollhinterziehungen zu Grunde, die in der Obfäbrerei des Bäckersfabrikanten G. V. R ö h l e r in den Jahren 1921 bis 1925 vorgenommen waren und die einen Steuerausfall von schätzungsweise einer Million RM ergeben hatten. Achtzehn Angeklagte waren seinerzeit zu erheblichen Gefängnis- und hohen Geldstrafen verurteilt worden. Der Angeklagte, der die Hefefabrik des Fabrikanten Röhler erbaut hatte, die mit dessen Obfäbrerei durch eine geheime Rohrahrung unter der Erde verbunden wurde, stellte jede Schuld in Abrede. Auch sein Bertelbiger maßgebend, daß der Angeklagte dem Schwarzbrennen gütlich gegenübergestanden habe. Unter Abänderung des vorinstanzlichen Urteils wurde Becker an Stelle von zehn Tagen Gefängnis zu hundert RM Geldstrafe, ferner zu einer Geldstrafe von 9273 RM erst. drei Tage Gefängnis und zum Weiterfang von 4032 RM erst. zwei Tage Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte gegen das vorinstanzliche Urteil ebenfalls Berufung eingelegt, doch wurde seine Berufung auf Kosten der Staatskasse verworfen.

Die eigene Frau ermordet

Salzweil. Nunmehr hat sich bestätigt, daß die in einem Ort bei Altona ohne Arme und Beine gefundene Leiche die der Frau Elise L ü d e m a n n aus Salzweil ist, die, wie gemeldet, im Juni mit ihrem Ehemann nach Altona verzogen und seitdem verschwunden blieb. Der Mord hat inzwischen auch seine Aufklärung gefunden. Der Ehemann der Ermordeten, der heilige Walter E d e m a n n - A l t o n a, der festgenommen wurde, hat ein Geständnis abgelegt. Nach seiner Schilderung hat er die Frau am 13. Juli, als sie ihm bei einer Auseinandersetzung eine Tasse ins Gesicht warf, aus Wut darüber mit einer Fußbank zu Boden geschlagen. Der Schlag habe sie getötet. Er kaufte später einen großen Koffer und wußte in der Stadt einen Unbekannten für 600 RM zur Fortschaffung der Leiche gezwungen habe. Dieser legte die